

Mitteilungsblatt

Ausgabe 2 / 2008

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir berichten über die Aktivitäten im zweiten Halbjahr 2008. Im Vordergrund stand die Diskussion um unsere Besoldung.

Podiumsdiskussion „Unsere Justiz – überlastet und schlecht bezahlt“

Minister beeindruckt von der „Wucht der Argumente“

Der Ketteler-Saal des Erbacher Hofes platzte aus allen Nähten, nachdem zwischen 300 und 400 Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, Richterinnen und Richter dem Aufruf des Landesverbandes Rheinland-Pfalz des Deutschen Richterbundes gefolgt waren, über die Belastungs- und Besoldungssituation in der rheinland-pfälzischen Justiz zu diskutieren.



In seiner Begrüßungsansprache hob der Landesvorsitzende Thomas Edinger hervor, dass der

grundgesetzlich verbriefte Justizgewährungsanspruch durch Personalausstattung und amtsangemessene Besoldung und Versorgung gesichert werden müsse. Dazu berief er sich auf eine vielbeachtete Rede der Bundesjustizministerin Brigitte Zypries auf dem Juristentag in Erfurt, in welcher sie forderte: „Gerechtigkeit braucht eine starke Justiz! Den Rechtsstaat gibt es nicht zum Nulltarif und auch nicht nach Kassenlage.“ Er führte aus, dass nach der Personalbedarfsberechnung des Ministeriums der Justiz in Rheinland-Pfalz 91 Staatsanwältinnen und Staatsanwälte sowie 95 Richterstellen allein in der Ordentlichen Gerichtsbarkeit fehlen.

Als Diskutanten auf dem Podium traten der Minister der Justiz Dr. Heinz Georg Bamberger, der stellvertretende Bundesvorsitzende des Deutschen Richterbundes Hanspeter Teetzmann, der Landesvorsitzende Thomas Edinger und als verfassungsrechtlicher Experte Prof. Dr. Dr. Detlef Merten auf. Moderiert durch den Leiter der ZDF-Redaktion „Recht und Justiz“ Bernhard Töpper wurde in zwei Themenblöcken zunächst über die Personalausstattung, dann über die Besoldungssituation diskutiert.



Im ersten Block führte der Justizminister aus, dass seit seiner Zugehörigkeit in der Justiz, d.h. seit 35



Jahren, über eine Überlastung der Justiz geklagt werde. Er hege Zweifel, ob man die Belastung ausrechnen könne; die Personalbedarfsberechnung nach Pebbßy sei kompliziert. Er versuche auch in Gesprächen herauszufinden, wie die Belastung tatsächlich sei. Dabei habe er festgestellt, dass in weiten Bereichen die Justiz personell gut ausgestattet sei. Dies sei bei der ordentlichen Gerichtsbarkeit der Fall. Die Belastung bei den Staatsanwaltschaften und der Sozialgerichtsbarkeit sei allerdings hoch. Dort müsse nachgesteuert werden. Bei Eintritt in die Regierung habe er eine Situation vorgefunden, in der die Altersteilzeit habe finanziert werden müssen. Im Jahr 2004 seien noch 10 Stellen, 2005 sogar 13 Stellen eingespart worden. 2006 sei keine Einsparung erfolgt, 2007 seien sogar insgesamt 15 Stellen, 2008 zusätzlich 6 Stellen bei den Staatsanwaltschaften geschaffen worden. Auch für die Zukunft sollen neue Stellen geschaffen werden, vor allem im Strafvollzug, um die neuen Aufgaben im Jugendvollzug bewältigen zu können. Die Regierung verfolge das Ziel, Sicherheit zu schaffen, mit Priorität. Dies werde in eine ordentliche Haushaltsführung eingebunden.

Hanspeter Teetzmann wies darauf hin, dass bereits nach dem alten Pensensystem eine Überlastung der Richter und Staatsanwälte festgestellt worden sei. Nach der Umstellung der Personalbedarfsberechnung auf Pebbßy sei wieder eine Überlastung zu konstatieren. Die Bundesländer hätten darauf unterschiedlich reagiert. So habe es Schleswig-Holstein beispielsweise geschafft, eine 100 Prozent-Ausstattung nach den Pebbßy-Zahlen zu erreichen. Andere Justizverwaltungen dagegen würden nach wie vor bestreiten, dass es eine Unterdeckung gebe. Die Ausstattung der Justiz sei eine Frage politischer Präferenzen. Alle seien sich darüber einig, eine starke Justiz zu benötigen, viele wollten aber nicht allzu viel Geld dafür ausgeben.

Der Moderator forderte Thomas Edinger auf, die Ursachen hierfür zu analysieren. Dieser führte aus, die Überlastung werde auch deshalb zunehmend schlimmer, weil durch den Bundesgesetzgeber immer neue Gesetze geschaffen würden, die beispielsweise den Richtervorbehalt ausdehnten. Auch werde durch die Einführung neuer EDV-Systeme aktuell bei Gerichten und Staatsanwaltschaften verstärkt Arbeitsaufwand vom Geschäftsstellenbereich auf den höheren Dienst verlagert.

Als „Beobachter von Außen“ verwies Prof. Dr. Dr. Merten auf die zunehmende Bedeutung des Europarechts. Außerdem müssten Fehlentscheidungen des Gesetzgebers, wie etwa die Hartz IV-Regelun-

gen der Kontrolle der Sozialgerichte statt wie bisher der Verwaltungsgerichtsbarkeit zu unterstellen, durch die Praxis aufgefangen werden. Dabei warf er der Ersten Gewalt vor, nicht für ihre Entscheidungen einzustehen, sondern die Konsequenzen auf andere zu verlagern.

Der Minister vertrat die Auffassung, Entlastungsgesetze hätten in der Vergangenheit durchaus gegriffen. Urteile könnten kürzer gefasst werden, der „originäre Einzelrichter“ habe eine spürbare Entlastung gebracht. Die IT-Entwicklung sei abzuwarten. Bei web-sta habe sich nach kurzer Zeit gezeigt, dass die befürchteten Mehrbelastungen ausgeblieben seien. Dabei war jedoch zu vermissen, aufgrund welcher Fakten er dieses Fazit zog. Eine Evaluation hat bisher – worauf der Landesvorsitzende hinwies – nicht stattgefunden. Hierzu bemerkte Thomas Edinger auch, dass man sonst gerne auf die freie Wirtschaft verweise. Dort sei es aber undenkbar, neue Systeme einzuführen, deren personelle Konsequenzen vorher nicht berechnet worden seien.

Bernhard Töpfer warf die Frage auf, ob durch die Zusammenlegung von Gerichtsbarkeiten eine Verbesserung erzielt werden könne. Hanspeter Teetzmann wies darauf hin, dass zwar einerseits Verwaltungskosten gespart würden, andererseits damit aber der Verlust von Spezialwissen einhergehen könne. Er beklagte vor allem im Strafverfahren einen Verlust an Rechtskultur. Durch unsinnige Anträge von Verteidigern würden vermehrt Verfahren unnötig in die Länge gezogen und dadurch wertvolle Ressourcen vergeudet. Eine StPO-Reform sei gegen die stark vertretene Anwaltschaft in den Parlamenten jedoch nicht durchzusetzen.

Der Minister verwies darauf, dass der Zustand der Justiz nicht schlecht sei, die Medien dies aber besser darstellen müssten. Er rief Richterinnen und Richter dazu auf, mutiger zu sein und nicht immer auf den BGH zu schauen, da bei ausufernden Prozessen irgendwann Schluss sein müsse.

Der Moderator leitete in den zweiten Teil zur Besoldung mit der Frage über, ob es eine richtige Entscheidung gewesen sei, die Kompetenz für die R-Besoldung auf die Länder zu übertragen.

Der Minister stellte heraus, wie wichtig der Berufsstand der Justiz sei und der Vorschlag, die Kompetenz zur Besoldung auf den Bund zurück zu übertragen, nicht schlecht sei. Es könne nicht sein, dass die Besoldung in einzelnen Ländern signifikant schlechter sei als in anderen Ländern.

Hanspeter Teetzmann trug vor, dass die Schere der unterschiedlichen Besoldung bereits jetzt bei der R1-Besoldung um bis zu 150 € auseinander klaffe, was etwa 5 % ausmache. Nach seiner Erfahrung würden junge Kolleginnen und Kollegen Einkommen vergleichen, um einen gut bezahlenden Arbeitgeber auszuwählen. Bayern sage ganz offen, dass es gut bezahle, um die besten Bewerberinnen und Bewerber für sich zu gewinnen. Er berichtete über Musterverfahren aus anderen Ländern, um die Rechtmäßigkeit der Besoldung überprüfen zu lassen. Eine durch den Bundesverband eingeholte Kienbaum-Studie belege die unzureichende Besoldung. In den Jahren 2002 bis 2007 habe es Nullrunden gegeben, Sonderzahlungen seien gestrichen oder kräftig gekürzt, Pauschalen zur Beihilfe eingeführt worden, was sich einkommensmindernd ausgewirkt habe.

Der Minister erwiderte, über Abwanderungen in andere Länder werde keine Statistik geführt. Derzeit würden Bewerberinnen und Bewerber mit einem zweiten Examen zwischen 9 und 10 Punkten eingestellt. Ein Personalgewinnungsproblem sei aus seiner Sicht nicht vorhanden. Von Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten in Großkanzleien werde eine 60 bis 65 Stunden Woche erwartet, darunter regelmäßige Tätigkeiten an Wochenenden. Dies sei in der Justiz anders, so dass die Anforderungen nicht vergleichbar seien. Auch der Vergleich mit anderen Staaten sei nicht weiterführend, da man „einen englischen Lord-Richter nicht mit einem Richter am Amtsgericht Daun vergleichen“ könne.

Thomas Edinger lud in diesem Zusammenhang dazu ein, an Wochenenden die Gerichte und Staatsanwaltschaften des Landes aufzusuchen. Dort könne man sich ein Bild machen, wie viele Richterinnen und Richter auf Probe auch an Samstagen und Sonntagen an ihren Schreibtischen sitzen.

Bernhard Töpfer bat Prof. Dr. Dr. Merten um eine Einschätzung, ob die Alimentation noch verfassungsgemäß sei. Dieser wies auf starke Anhaltspunkte hin, die für die Verfassungswidrigkeit der derzeitigen Besoldung sprächen. Die Lebenshaltungskosten seien stark gestiegen, die Besoldung sei nicht dementsprechend erhöht worden. Auch ein Vergleich mit den Einkommen von Arbeitern und Angestellten liefere Anhaltspunkte für eine nicht mehr amtsangemessene Alimentation. Er stellte heraus, dass der Haushaltsgesetzgeber verfassungsrechtlich gebunden sei und die Alimentation nicht rein nach Kassenlage gestalten könne. Die Ausstattung der Dritten Gewalt sei Pflichtaufgabe, Kür-Aufgaben müssten dahinter zurück stehen.

In der anschließenden Diskussion mit den anwesenden Justizangehörigen wurde aus dem Publikum mehrfach der Vorwurf erhoben, die Besoldung sei ein Zeichen mangelnder Wertschätzung, die dem Berufsbild nicht angemessen sei. Zu fragen sei, welche Qualität die Justiz haben solle und welcher Aufwand dafür nötig sei. Beklagt wurden zahlreiche Mehrbelastungen, wie Bereitschaftsdienst, Berichtswesen, zahlreiche Rechtsänderungen, ein Fluch der Technik durch E-Mail-Flut und die EDV-Systeme.

In seinem abschließenden Statement stellte der Minister heraus, dass er keine neuen Argumente gehört habe, die „alten Argumente aber mit anderer Wucht“ vorgetragen worden seien. Er verfolge das Ziel einer bürgernahen und effizienten Justiz und sehe die rheinland-pfälzische Justiz als gut funktionierend an.

Bernhard Töpfer resümierte, dass das Recht keine Lobby habe. Dies zeige sich auch darin, dass die Justiz im Fernsehen durch unsägliche Gerichtsshow abgeblendet werde und seriöse Rechtssendungen wie „Ehen vor Gericht“ oder „Wie würden Sie entscheiden?“ abgesetzt worden seien.



Der Landesvorsitzende betonte in seinem Schlusswort: „Die Kolleginnen und Kollegen haben heute eindrucksvoll gezeigt, wie ernst die Lage ist.“ Er dankte allen Anwesenden für ihre Mitwirkung. Abschließend zitierte er erneut die Bundesministerin der Justiz, Brigitte Zypries, die vor wenigen Wochen auf dem Deutschen Juristentag in Erfurt den Finanzministern der Länder ins Stammbuch schrieb: „Die Justiz trägt eine besondere Verantwortung für die Integrität unserer Wirtschaftsordnung und das Rechtsbewusstsein unserer Gesellschaft. Diese hohe Verantwortung erfordert nicht nur eine besonders hohe Qualität der Arbeit, wir müssen auch für eine ordentliche Besoldung der Richter und Staatsanwälte sorgen. Nur eine Besoldung, die der gesell-



schaftlichen Bedeutung und der Leistung der Justiz gerecht wird, sichert die Unabhängigkeit und die Qualität der Justiz. Zu einer leistungsfähigen Justiz, die auch komplexe Verfahren erfolgreich abschließen kann, gehört auch eine gute Personalausstattung.“

„Wir appellieren an den Haushaltsgesetzgeber, dies beim kommenden Doppelhaushalt zu beherzigen,“ so der Landesvorsitzende.

Birgit Nennstiel, Reinhard Endell, Thomas Edinger

Richter und Staatsanwälte schlagen Alarm

Pressemitteilung vom 29. Oktober 2008

Fast 400 Richter und Staatsanwälte aus ganz Rheinland-Pfalz verfolgten gestern die Podiumsdiskussion „Unsere Justiz – überlastet und schlecht bezahlt!“ im Erbacher Hof in Mainz. Mit einer derartig überwältigenden Resonanz hatte selbst der rheinland-pfälzische Richterbund als Veranstalter nicht gerechnet. Die Folge: Rund 50 Richter und Staatsanwälte verfolgten die zweistündige Diskussion im Stehen.

Mit ihrer Anwesenheit schlugen die Vertreter der Justiz Alarm, den auch die anwesenden Abgeordneten des Landtags nicht überhören konnten. Richter und Staatsanwälte in Rheinland-Pfalz arbeiten seit Jahren an der Obergrenze der Belastbarkeit. Wie groß das Problem mittlerweile ist, lässt sich durch Zahlen belegen. Nach der neuesten Personalbedarfsberechnung des Ministeriums der Justiz fehlen im Land 91 Staatsanwälte und – allein bei der ordentlichen Gerichtsbarkeit (also bei Amts- und Oberlandesgerichten) – 95 Richter. Umgekehrt betrachtet: Die Zahl der vorhandenen Richterinnen und Richter in Rheinland-Pfalz reicht eigentlich nur für 88 % der jährlich anfallenden Verfahren aus. Um die Staatsanwaltschaften steht es noch viel schlimmer. Die rheinland-pfälzischen Staatsanwälte können bei normaler Dienstzeit nur 71 % der eingegangenen Verfahren bearbeiten. Mit anderen Worten: Für fast ein Drittel der Ermittlungsverfahren bei den Staatsanwaltschaften steht kein Personal zur Verfügung. Dieser Missstand wirkt sich bisher nur deshalb nicht zu Lasten der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger aus, weil Staatsanwälte und Richter überobligatorischen Einsatz leisten.

Im Gegensatz zur ständig steigenden Arbeitsbelastung sind die Gehälter der Richter und Staatsanwälte in den vergangenen Jahren gesunken. Durch verschiedene Einsparmaßnahmen wurde die Besoldung und Versorgung erheblich gekürzt. Es stellt sich mittlerweile – zwar nicht nur, aber auch in Rheinland-Pfalz – die Frage, ob die Alimentation der Richter und Staatsanwälte noch verfassungsgemäß ist.

Zweifel hieran ergeben sich nicht zuletzt aus dem Ergebnis einer neuen Kienbaum-Studie. Ihr Fazit lautet: Gegenüber vergleichbaren Berufsgruppen in der gewerblichen Wirtschaft fällt die Entwicklung der R-Besoldung weit zurück. Richter und Staatsanwälte sind längst von der allgemeinen Einkommensentwicklung abgekoppelt. Die Entwicklung ihrer Gehälter reichte in den vergangenen Jahren noch nicht einmal aus, die allgemeine Preissteigerung auch nur annähernd auszugleichen.

Mit ihrer Präsenz bei der Veranstaltung des Richterbundes in Mainz demonstrierten die rheinland-pfälzischen Richter und Staatsanwälte ihre große Geschlossenheit. Aus der Sicht des Richterbundes ist der Rechtsgewähranspruch der Bürgerinnen und Bürger in Gefahr. Hierzu gehört, die Justiz ausreichend mit Personal auszustatten ebenso wie eine ordentliche Besoldung derjenigen, die das Recht zu wahren haben.

Von der enormen Zahl der angereisten Richter und Staatsanwälte zeigte sich auch der rheinland-pfälzische Justizminister Dr. Heinz Georg Bamberger sichtlich beeindruckt. Er meinte am Ende auf dem Podium, dass die Argumente alle schon oft ausgetauscht worden seien, „aber noch nicht mit solcher Wucht.“

„Die Kolleginnen und Kollegen haben heute eindrucksvoll gezeigt, wie ernst die Lage ist. Den Rechtsstaat gibt es nicht nach Kassenlage. Wer sich den Rechtsstaat auf die Fahnen schreibt, der muss ihn auch bezahlen. Wir appellieren an den an den Haushaltsgesetzgeber, dies beim kommenden Doppelhaushalt zu beherzigen,“ so der Vorsitzende des rheinland-pfälzischen Richterbundes Thomas Edinger.

Erster Schritt in Richtung Selbstverwaltung

Zur Erinnerung: Die „Selbstverwaltung der Justiz“ steht seit Jahrzehnten immer wieder auf der Agenda

des Deutschen Richterbundes. Am 27. April 2007 fasste die Bundesvertreterversammlung hierzu einen Grundsatzbeschluss, wonach der Deutsche Richterbund die Selbstverwaltung der Justiz ausgehend von seinem Zwei-Säulen-Modell fordert. Zugleich wurde eine Arbeitsgruppe mit dem Auftrag eingesetzt, einen entsprechenden Gesetzentwurf auszuarbeiten.

Wie durch den Leiter der Arbeitsgruppe, den Kollegen Dr. Steffen Roller, anlässlich der Bundesvertreterversammlung am 21. November 2008 zu erfahren war, hat die Arbeitsgruppe einen Gesetzentwurf erarbeitet, der nun in den Gremien des Deutschen Richterbundes, zunächst im Präsidium, beraten werden soll.

Zur Durchsetzung der Selbstverwaltungsforderung des Deutschen Richterbundes wurde in den vergangenen 1 ½ Jahren durch den Bundesvorsitzenden, den DRB-Geschäftsführer und das Bundespräsidium bereits einiges getan. Es wurden zahlreiche Gespräche im politischen Raum geführt. Nach und nach scheint sich diese Arbeit auch auszuzahlen. Jedenfalls wird die Forderung des DRB nach einer Selbstverwaltung der Justiz nicht mehr, wie in den Jahrzehnten davor, als völlig unrealistische und utopische Forderung abgetan.

Immerhin ist im Koalitionsvertrag zwischen CDU und BÜNDNIS 90/Die Grünen in Hamburg (dort Seite 56) zu lesen: „Damit Gerichte und Staatsanwaltschaft ihre Rolle als Garant des Rechtsstaats möglichst unabhängig wahrnehmen können, muss die Rechtspolitik die Bedingungen gewährleisten, die dazu erforderlich sind. Die Koalitionspartner sind sich einig, ergebnisoffen in einen Diskussionsprozess zur Selbstverwaltung der Justiz einzusteigen, in dem auch die Steigerung der Effizienz thematisiert wird.“

In Schleswig-Holstein ist der dortige Justizminister Döring – auch für den Schleswig-Holsteinischen Richterverband völlig überraschend – am 03. Juli 2008 schon einen wesentlichen Schritt weiter gegangen. Er kündigte an diesem Tag an, die Zuständigkeit für den Haushalt, die Organisation und die Informationstechnik vom Justizministerium auf die Gerichte zu verlagern. Wie dies geschehen soll, welche organisatorischen Maßnahmen erforderlich und welche Gesetzesänderungen notwendig sein werden, ist noch völlig offen. Angedacht ist – so der Vorsitzende des Schleswig-Holsteinischen Richterverbandes Dr. Kellermann – eine Lenkungsgruppe, möglicherweise bestehend aus den 5 Präsidenten der oberen Gerichte und weiteren 5 durch

die Richterschaft gewählten Mitglieder an der Spitze der Verwaltung der Justiz.

(Weiteres zur Entwicklung in Schleswig-Holstein finden Sie in dem nachfolgenden abgedruckten Bericht des Vorsitzenden des Schleswig-Holsteinischen Richterverbandes.)

Der überraschende Schritt des Schleswig-Holsteinischen Justizministers geht nach Auffassung des Deutschen Richterbundes zwar in die richtige Richtung. Es könnte ein erster Schritt in Richtung Selbstverwaltung der Justiz sein. Mehr als ein erster kleiner Schritt ist das aber nicht. Denn aus Sicht des Deutschen Richterbundes kann nicht hingenommen werden, dass nach den Überlegungen des schleswig-holsteinischen Justizministers die Staatsanwaltschaften gänzlich dem Justizministerium unterstellt bleiben. Nach unserem Verständnis gehören Gerichte und Staatsanwaltschaften untrennbar zur Justiz. Darüber hinaus sollen auch die Personalentscheidungen, also Einstellung, Lebenszeiternennung, Versetzung und Beförderung beim Justizministerium verbleiben. Ein Bereich, der auf die Justiz übertragen werden müsste, um von einer echten Selbstverwaltung zu sprechen.

Auch wenn in Hamburg und Schleswig-Holstein bisher nur winzig kleine Schritte getan wurden in Richtung einer Selbstverwaltung der Dritten Gewalt, wie sie ihrem Verfassungsrang zukommt, sollten wir dies doch als ermutigende Zeichen dafür sehen, dass in dieser Frage etwas geschehen kann. Hinzu kommt, dass auch auf europäischer Ebene der Druck auf die Bundesrepublik wächst. Schließlich gehört Deutschland zu den wenigen Staaten der europäischen Union, in denen es keine Selbstverwaltung der Justiz gibt. All das ermutigt, für jeden noch so kleinen Schritt in Richtung selbstverwaltete Dritte Gewalt am Ball zu bleiben.

Thomas Edinger

Zielbahnhof Selbstverwaltung

Minister startet Expresszug in Richtung einer „Justizautonomie“, fahrplanmäßige Ankunft: Ablauf der Legislaturperiode im Frühjahr 2010

Es ist Donnerstag, der 3. Juli 2008, 8.00 Uhr morgens. Durch das Justizministerium dringt ein gellender Pfiff: Minister Uwe Döring gibt das Abfahrtsignal für einen Zug, den er auf den Namen „Justiz 2010“ tauft. Die gewählte Bezeichnung mit ihrem Anklang

an eine deutschlandweite Agenda mit gleicher Jahreszahl soll zugleich Reformwillen und Tempo vermitteln. Die Bekanntmachung des Ministers gilt schon deshalb als Sensation, weil er seinen Zug quasi aus dem Nichts auf das Gleis stellt. Weder die versammelten Angehörigen des Justizministeriums noch die für den weiteren Tagesverlauf einbestellten Vertreter der Landesjustiz und der Presse ahnen auch nur entfernt, worum es geht. Dementsprechend reichen die Reaktionen von Staunen und Verblüffung bis zu Fassungslosigkeit bei denjenigen, deren Arbeitsort betroffen ist.

In wenigen Sätzen umreißt Minister Döring das Ziel der überraschenden Reise. Es gehe um eine Reform der Verwaltungsstrukturen durch eine Verlagerung von Kompetenzen des Justizministeriums auf die Gerichte. Die Zuständigkeit für den Haushalt, die Organisation und die Informationstechnik der Gerichte solle dezentralisiert und bei den Gerichten „vor Ort“ angesiedelt werden, was zu einer einschneidenden Verkleinerung des Ministeriums um etwa 30 auszulagernde Stellen und einen Etatanteil von 250 Mio € führe. Das Ministerium werde damit „operative Aufgaben“ abgeben und sich auf die „strategische Steuerung“ der Justiz beschränken. Das Projekt solle, einschließlich notwendiger Gesetzesänderungen, bis zum Ablauf der Legislaturperiode im Frühjahr 2010 abgeschlossen sein. Die nähere Ausarbeitung und Umsetzung werde in mehreren Gremien (siehe Graphik unten) erfolgen, wobei lediglich einfaches Landesrecht, nicht aber Landesverfassungs- oder Bundesrecht zur Disposition stehe. Alles weitere müsse auf den verschiedenen Arbeitsebenen gelöst werden.



Minister Dörings Rede zur Selbstverwaltung der Justiz hatte das Zeug zur Legende. Er setzte sich damit an die Spitze der Bewegung.

Courage statt Konzept? Diese Kritik ist unausweichlich, wenn derart weitreichende Veränderungen kurzentschlossen ohne interne und externe Kommunikation angeordnet werden. Zu Recht fühlt

sich damit mancher innerhalb und außerhalb des Justizministeriums vor den Kopf gestoßen, für gewöhnlich verlaufen Willensbildung und Entscheidungsprozesse anders. Und gleichwohl bietet die autoritär anmutende Entscheidung zwei wesentliche, unbestreitbare Vorteile.

Es ist ein Startschuss gefallen, den wir bei der sonst üblichen konsensualen Entscheidungssuche vermutlich in vielen Jahren noch nicht gehört hätten. Denn eine Diskussion über das „ob“ und „wie“ einer Justizreform in vorgeschalteten Kommissionen sowie unter Beteiligung der verzweigten Justiz, der Berufsverbände und der Öffentlichkeit hätte sich auf unabsehbare Zeit hingezogen. Beispiele hierfür in Gestalt von zu Tode diskutierten Reformvorhaben gibt es zahlreich, auch innerhalb der Justiz. So aber ist der Zug jedenfalls schon einmal abgefahren, auch wenn das Gleisbett für die weitere Strecke erst noch hergestellt werden muss.

Zum zweiten ist die kritisierte Konzeptlosigkeit des Projekts für dessen Erfolg keineswegs zwingend von Nachteil. Immerhin lässt sie den jetzt tätigen Arbeitsgruppen für die Umsetzung der Reform einen denkbar großen Spielraum, fördert den Gestaltungswillen der Beteiligten und erzeugt eine gewisse Aufbruchstimmung. Es ermuntert den Gleisbauer, wenn er die Streckenführung selbst bestimmen kann. Arbeitspsychologisch goldrichtig.

Gleichwohl besteht in der Gesamtbetrachtung zu Euphorie (noch) kein Anlass. Das liegt nicht nur an dem sehr engen zeitlichen Korsett, in das Minister Döring sein Projekt eingeschnürt hat. Was passiert, wenn die komplexen Strukturveränderungen in der Justizverwaltung einschließlich der nötigen Gesetzesänderungen (!) nicht in den nächsten knapp 1 ½ Jahren fertiggestellt werden können? Wie stehen wir da, wenn insbesondere der nächste Justizhaushalt auf welchem Wege auch immer (ohne Verfassungsänderung?) – nicht richtig und rechtzeitig eingebracht werden kann? An die Konsequenzen eines Scheiterns sollte man zurzeit lieber nicht näher denken.

Aber auch aus strategischer Sicht können wir uns noch lange nicht in die Arme fallen. Ja, wir kämpfen für die Selbstverwaltung der dritten Staatsgewalt. Deshalb müssen wir uns klarmachen, dass der Sonderzug 2010 auch im Erfolgsfall noch lange nicht an das Ziel einer selbstverwalteten Justiz führt. Er wird mit seinem Ziel einer sogenannten „Justizautonomie“ (Verwaltungsstrukturreform) nur einen Zwischenbahnhof erreichen. Erst dahinter liegen weitere zentrale Stationen auf dem Weg in eine Selbstverwaltung. Hierzu zählen insbesondere eine

Binnendemokratisierung der Justiz und die Ausbildung eines demokratisch legitimierten Verwaltungsorgans mit umfassenden Kompetenzen. Personalentscheidungen etwa, wie Einstellung, Lebenszeiternennung, Versetzung und Beförderung gehören nach unserem Verständnis vollständig in die Hände der Justiz, und zwar sowohl für Richter als auch für die Staatsanwaltschaft, die zwingend mit einzubeziehen ist.

An einer solchen Justizlandschaft rollt der Zug 2010 noch in weiter Ferne vorbei. Aber er verkörpert einen mutigen und in Deutschland bislang einmaligen Aufbruch zur Stärkung der Justiz durch Übernahme von sie betreffenden Verwaltungsaufgaben. Gute Reise!

Dr. Wilfried Kellermann

Präsidialrat erreicht mehr Transparenz beim sog. „Doppelschlag“

Anlässlich eines Einigungsgesprächs am 01.10.2008 im Ministerium der Justiz hat der Präsidialrat mit dem Minister der Justiz vereinbart, dass sog. „Doppelschläge“ (d.h. Doppel-Ernennungen bzw. Doppel-Beförderungen) in Zukunft bereits bei der Stellenausschreibung als solche erkennbar sind. Falls solche Personalmaßnahmen in Betracht kommen, soll bei der Formulierung der Ausschreibung deutlich gemacht werden, dass es eventuell um die gleichzeitige Besetzung mehrerer Stellen geht. Damit soll Bedenken im Hinblick auf § 2 Landesrichtergesetz Rechnung getragen werden.

Der „Doppelschlag“ wird auch in mehreren anderen Bundesländern – z.B. in Nordrhein-Westfalen – praktiziert, und zwar als Instrument der Personalentwicklung, denn so können auch Kolleginnen und Kollegen befördert werden, die gerade an eine Institution außerhalb der Gerichte (Ministerium, BGH, Datenschutzbeauftragter, Landtagsverwaltung etc.) abgeordnet sind. Damit soll deren Flexibilität und Leistung belohnt werden. Dieses durchaus aner kennenswerte Ziel darf aber nicht zu Lasten der Gerichte gehen, so dass gleichzeitig auch deren vakante Stellen besetzt werden müssen.

Das Ministerium der Justiz hat als weiteres Ergebnis des oben genannten Einigungsgesprächs in bereits laufenden Besetzungsverfahren, in denen „Doppelschläge“ in Betracht kommen, die Stellenausschrei-

bungen zurückgenommen und neu ausgeschrieben. Der Präsidialrat bedauert, dass es dadurch zu Verzögerungen in der Besetzung der jeweiligen Stelle kommen wird, bittet die betroffenen Kolleginnen und Kollegen aber um Verständnis für die vom Präsidialrat im Namen aller Richterinnen und Richter geforderte Transparenz.

Inzwischen wurden Stellenausschreibungen mit geänderter Formulierung vorgenommen (siehe Justizblatt Nr. 12 vom 27.10.2008). Ob diese Form der Ausschreibung den Anforderungen des § 2 Landesrichtergesetz genügt, wird der Präsidialrat anlässlich der entsprechenden Besetzungsverfahren beraten.

Irmgard Wolf

Vorsitzende des Präsidialrats der ordentlichen Gerichtsbarkeit

In eigener Sache

Redaktionsschluss für das nächste Mitteilungsblatt ist der **20. Mai 2009**.

Einsendungen bitte an:

DirAG Thomas Edinger, Amtsgericht,
Kreuznacher Str. 37, 67608 Rockenhausen

Der Landesvorstand und die Redaktion wünschen allen Lesern ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein glückliches Neues Jahr 2009.



Staatsanwalt W. nahm den Weihnachtsmann im Kreuzverhör ganz schön in die Mangel.



Impressum

Mitteilungsblatt Ausgabe 2/2008

Herausgeber:

Deutscher Richterbund – Landesverband Rheinland-Pfalz
Kreuznacher Str. 37, 67608 Rockenhausen

www.richterbund-rlp.de

Redaktion:

- Thomas Edinger, DirAG AG Rockenhausen
Schriftleitung
- Paul Blaschke, VRLG Landgericht Mainz
Gestaltung
- Reinhard Endell, VRLG Landgericht Mainz
- Dorothee Feldmeier, RinArbG Mainz
- Dr. Wilhelm Tappert, RLSG, Mainz

Auflage: 1700 Exemplare

Druck: JVA Diez

Erscheinungsort: Mainz

Das Mitteilungsblatt wird an alle aktiven Richter und Staatsanwälte und die pensionierten Mitglieder des Landesverbandes kostenlos verteilt.